

VERSUCHE DER BETHLEN-REGIERUNG ZUR BREMSUNG DER WIRTSCHAFTSKRISE MIT RECHTLICHEN MITTELEN

(Die Anfänge des „Krisenrechtes“ in Ungarn)

KÁLMÁN KOVÁCS

Prof. Dr.

I.

Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929–33¹ entfaltete sich, wie bekannt auf der Grundlage der allgemeinen Krise des Kapitalismus; dies war der Grund für ihren tiefen und dauerhaften Charakter. Es kann natürlich nicht unsere Aufgabe sein, Gründe, Charakter und Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zu analysieren, nicht einmal in ungarischer Beziehung. Wir wollen lediglich die wesentlichsten Züge kurz in Erinnerung bringen, gleichsam als Einführung zur Darlegung einzelner vom Bethlen-Regime zur Einschränkung der Krisenwirkung geschaffener Rechtsregeln.

In der Landwirtschaft zeigten sich bereits Ende 1928 auf der nördlichen Hälfte des amerikanischen Kontinents sowie in Australien und in mehreren europäischen Ländern, unter ihnen auch in Ungarn² die Zeichen der Krise. Die *industrielle Überproduktionskrise* verschärfte sich zuerst in den USA, von Mai 1929 an verflocht sie sich in kurzer Zeit und fast auf der ganzen Welt mit der Landwirtschaftskrise. — In Ungarn sanken die Preise der Agrarprodukte im Vergleich zu denen des Jahres 1928 innerhalb von anderthalb Jahren um 50%, in einem bedeutend größerem Maße als die Preise der Industrieartikel, infolgedessen öffnete sich weit die Agrarschere, doch die Produkte der Landwirtschaft trafen auch so — im In- und Ausland gleichermaßen — auf keinen entsprechenden Markt. Die Arbeitslöhne sanken und die Agrararbeitslosigkeit nahm stark zu.

Um in erster Linie den Großgrundbesitzern materielle Hilfe zu leisten und zugleich auch das politisch sehr gefährliche Zugrundegehen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu bremsen, brachte die Bethlen-Regierung im Juli 1930 im Parlament das sog. Bolettagesetz³ durch, welches mit der Einführung der Getreidemarke, Boletta, im Laufe von vier Wirtschaftsjahren den Produzenten jedem verkauften Doppelzentner Getreide nach über den Marktpreis hinaus eine Preisergänzung gewährleistete, und zwar in einer sich jährlich ändernden (3, 6, 4 und dann wieder 3 Pengő) Summe.⁴ Diese Maßnahme jedoch konnte die schwere Verschuldung der Bauern, besonders von kleinerem Besitz, nicht verhindern.

Zum Ausbruch der katastrophalen *Geld- und Kreditkrise* kam es in Europa erst im Sommer 1931. Die mit dem deutschen Finanzkapital in

enger Verbindung stehende Wiener Österreichische Creditanstalt war Anfang Mai unerwartet gezwungen, die Zahlungsunfähigkeit anzukündigen, wodurch auch die über die größte industrielle Beteiligung verfügende ungarische Geldinstitution, die Ungarische Allgemeine Kreditbank erschüttert wurde, die zur Interessensphäre der Rotschilds gehörte. Die Lage gestaltete sich besonders in Deutschland außerordentlich schwer, wo die ihr Geld fürchtenden ausländischen Kreditgeber plötzlich in einem so großen Maße ihre Kredite abzogen, daß die Deutsche Notenbank, deren Gold- und Devisenreserven so auf das Minimum sanken, und mit der Notenbank gemeinsam die größten deutschen Geldinstitute Mitte Juli an den Rand des Bankrotts gerieten.

Auf die Nachricht der Krise der deutschen Finanz- und Kreditlage wurde in Ungarn, wo – nach den kurzen Jahren der Konsolidierung – die Zahlungsunfähigkeit und der Staatsbankrott auf dieser Ebene bereits zur unmittelbaren Bedrohung wurde, in der Nacht vom 13. zum 14. Juli 1931 unter Vorsitz des Kultusministers Graf Kunó Klebelsberg der Ministerrat einberufen: Klebelsberg vertrat den im Urlaub befindlichen Ministerpräsidenten István Bethlen. Auf der „besonders vertraulichen Beratung“, deren handschriftliches skizzenhaftes Protokoll⁵ nicht nachträglich mit der Maschine geschrieben wurde, trug Sándor Popovics, der Präsident der Ungarischen Nationalbank vor: „...wir hören, daß in Deutschland auf dem Gebiet des Geld- und Devisenverkehrs verzweiflungsvolle Zustände eingetreten sind“, und daß, seinen Informationen zufolge in Basel (?) für zwei Tage die Banken geschlossen werden. Er schlug vor, daß die ungarische Regierung ebenfalls verfügen solle, die Banken für zwei Tage zu schließen. Schutz ist geboten, „heute wird uns dies bereits von der Internationalen Zahlungsbank vorgeschlagen“. Wie es sich aus dem Protokoll des Ministerrates ergibt, war entweder der deutsche Entschluß noch nicht erfolgt oder wurde an diesem Tag noch nicht veröffentlicht. Klebelsberg erklärte nämlich: „Bankholiday ist auch dann erforderlich, wenn dies von Deutschland morgen nicht beschlossen wird. Wir werden die Deutschen im Ausland überholen... wir werden uns schon im voraus schützen.“ Der Wirtschaftsminister ohne Portefeuille János Bud wirft auf, ob die zwei Tage ausreichend sein werden. Auf Vorschlag Klebelsbergs, der die zwei Tage für zu wenig erachtet, wird einstimmig beschlossen, durch eine Regierungsverordnung⁶ die Schließung der Kassen der Geldinstitute für den 14., 15. und 16. Juli mit der Rechtswirkung anzuordnen, daß diese Tage vom Gesichtspunkt der Erfüllung der privatrechtlichen Verpflichtungen, Aufnahme von Wechselprotesten usw. so zu betrachten sind, als wäre Sonntag.

Vom Justizminister Tibor Zsitvay wird auf der Sitzung betont, daß die Regierung zum Erlaß einer solchen Verordnung über keine gesetzliche Vollmacht verfügt, daß die ungarische Verfassung und die Gesetze keine Notverordnung kennen, doch dass auf der Regierung die Verantwortung lasten würde, wenn sie die Abwendung der Gefahr versäumt hätte. Da er keine andere Art und Weise des Schutzes sieht, stimmt auch er mit dem Erlaß der Notverordnung überein.

Interessant ist, daß wir in der am 14. Juli in der Presse erschienenen MTI-Meldung von der Sitzung des Ministerrates bereits unter anderem lesen können, daß sich die bis nachts 1/2 3 Uhr dauernde Sitzung auf Grund der Berichterstattung des Finanzministers mit den im Laufe der letzten Tage in der internationalen Finanz- und Wirtschaftslage eingetretenen Komplikationen beschäftigt hat, „welche die deutsche Regierung zu außerordentlichen Maßnahmen (zweitägige Baabschließung und gleichzeitige Schließung der Wertbörse) gezwungen haben. Diese Verschlechterung der finanziellen Lage Deutschlands hat erforderlich gemacht, daß die ungarische Regierung zu Schutzmaßnahmen⁷ greift, um der eventuellen Auswirkung der Schwierigkeiten Deutschlands auf unser Wirtschaftsleben vorzubeugen bzw. diese auszugleichen.“ — Sicherlich kam die Nachricht über die Maßnahmen der deutschen Regierung während der Sitzung des Ministerrates oder unmittelbar danach.

Am Abend des 16. Juli fand erneut eine Sitzung des Ministerrates statt, diesmal unter Vorsitz von Bethlen. Der Finanzminister unterbreitete einen neueren Verordnungsentwurf⁸, der im Interesse der nationalen Wirtschaft der Inanspruchnahme der Geldinstitute Grenzen setzt und weiterhin den Wechsel von Pengő in ausländische Zahlungsmittel sowie die Erfüllung von Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln unter die Kontrolle der Ungarischen Nationalbank setzt. — Bei Verletzung der Verordnung werden Strafbestimmungen vorgeschrieben (7. und 8. §).

Bethlen, der auf den Rückgang der Deckung des Pengő und auf großangelegte Valutenschiebereien verweist, fordert abschreckende Maßnahmen. Diese Frage ist mit einer „Notverordnung“ zu regeln und dem Parlament vorzulegen. „Ich übernehme die Verantwortung“, erklärt der Ministerpräsident. Er stimmt mit dem Vorschlag Klebelsbergs überein, dem zufolge die Verletzer der Verordnung vor einem aufzustellenden Sondergericht zur Verantwortung gezogen werden müssen, welches sofort in Kraft tritt. Eine gesonderte Detektivgruppe hat sich nur mit der Aufdeckung der Mißbräuche von ausländischen Zahlungsmitteln zu beschäftigen. Bethlen hält auch die Schließung der Börse für eine gewisse Zeit für unumgänglich.⁹

Ein bedeutender Teil der Tagespresse unterstützt entschieden die Maßnahmen der Regierung. „Es muß verhindert werden“, schreibt man, „daß in Ungarn die gleichen Valutenschiebereien erfolgen, wie sie in Deutschland geschehen sind und als deren Ergebnis der Goldvorrat und Devisenbestand der Deutschen Reichsbank so zurückgegangen sind, daß die Goldrücklagen vermindert werden mußten.“¹⁰ Die Blätter teilen auch mit, daß eine gesonderte Detektivgruppe gegen die Schieber aufgestellt worden ist.¹¹

Zwischenzeitlich wird der Erlaß von „Notverordnungen“ ohne Ermächtigung fortgesetzt. Die Regierung regelt denen gegenüber, die infolge der einschränkenden Maßnahmen ihre Zahlungen nicht erfüllen konnten, das Vollzugs- und Konkursverfahren sowie die Aufnahme von Wechselprotesten.¹² Am 22. Juli wird die Gültigkeit der zitierten Verordnungen um eine Woche, bis einschließlich 30. Juli verlängert, da diejenigen Um-

stände, deretwegen die obigen Maßnahmen erfolgten, zum größten Teil auch weiterhin bestanden.¹³

Über die Vorbereitung der erwähnten Regierungsverordnungen sind ebenso keine Protokolle des Ministerrates vorhanden¹⁴, wie auch von der Sitzung nicht, anlässlich der das von uns im weiteren zu analysierende „Krisengesetz“, der Vorschlag zum *Ermächtigungsgesetz*¹⁵ vom Ministerrat behandelt wurde.

II.

Die Parlamentsdebatte zur Gesetzesvorlage

Finanzminister Sándor Wekerle brachte am 24. Juli 1931 im Abgeordnetenhaus die Gesetzesvorlage über die Ordnung des Wirtschafts- und Kreditlebens sowie über die Gewährleistung des Gleichgewichtes des Staatshaushaltes ein und forderte – unter Aussprechung der Dringlichkeit – deren Weiterleitung an die Finanzkommission.¹⁶ Am 27. Juli bereits trug der Referent Imre Temesváry der Finanzkommission des Abgeordnetenhauses den auf den Vorschlag bezüglichen und zwei Tage zuvor datierten Bericht vor,¹⁷ am nächsten Tag begründete er – im wesentlichen auf Grund des ministeriellen Motivenberichtes – den Gesetzesvorschlag im allgemeinen und in seinen Details, der vom Haus in seiner Allgemeinheit sofort diskutiert wurde. Die Debatte setzte sich bis zum 3. August fort, als die Vorlage schließlich in dritter Lesung die große Mehrheit erhielt.¹⁸ – Die Finanzkommission des Oberhauses fertigte am 3. August ihren vollkommen übereinstimmenden Bericht aus, und die Vorlage wurde im Oberhaus lediglich an einem Tag, am 4. August diskutiert und ohne Veränderung angenommen.¹⁹

Wir wollen die in beiden Häusern stattgefundenen, ziemlich vielseitigen und scharfen Debatten, und deren wesentlichste Elemente im weiteren zusammenfassen.

Wir untersuchen lediglich einige, vom Gesichtspunkt unseres Themas aus wesentliche Problemenkreise der weitverzweigten Parlamentsdebatte: *a)* die Ratifikation der ausgegebenen „Notverordnungen“ (1. §); *b)* die Ermächtigung der Regierung, solche Fragen, die in den Kompetenzbereich der Legislative gehören, auf dem Wege von Verordnungen im Interesse der Gewährleistung der Ordnung des Wirtschafts- und Kreditlebens (2. §) zu regeln, weiterhin Fragen der Senkung der Staatsausgaben sowie der Steigerung der Einnahmen (4. und 5. §); *c)* Debatte über die Wirtschaftspolitik der Regierung; *d)* Schaffung, Zusammensetzung und Kompetenzbereich der 33er Landeskommission (7. §); und schließlich berichten wir kurz über den Beginn der Tätigkeit dieser Kommission.

Wir bemerken eingangs, daß für die Parlamentsdebatte im allgemeinen die Taktik charakteristisch war, daß von Seiten der Regierungspartei die Vorlage kaum verteidigt wurde, die oft einander völlig widersprechenden Argumente der Opposition, die nicht konzentrierten Angriffe auf

oft ziemlich niedrigem Niveau wurden schließlich vom Finanzminister und Ministerpräsident István Bethlen selbst zurückgewiesen und durch geschickte Gegenargumente völlig wirkungslos gemacht.

a) Was den ersten Problembereich der Debatte betrifft: Der Abschnitt der Vorlage (1. §), demzufolge das Parlament die Verordnungen der Regierung und der einzelnen Minister über die *Bankenschließung* ratifiziert und weiterhin die infolgedessen erforderlich werdenden zivilrechtlichen, strafrechtlichen und verfahrensrechtlichen Bestimmungen wurden von Antal Éber²⁰, dem der Regierung ansonsten „vertrauenslos“ gegenüberstehenden Graf Ferenc Hunyadi²¹, dem parteilosen Graf Albert Apponyi²², dem Oppositionellen Károly Rassay²³ und im Oberhaus von Graf Aladár Széchenyi gleichermaßen angenommen²⁴ oder wenigstens zur Kenntnis genommen; die Sozialdemokraten²⁵ jedoch forderten die Außerkraftsetzung sämtlicher ungesetzlich ergangener Verordnungen.

b) Einen großen Sturm lösten die Abschnitte der Gesetzesvorlage aus, durch die *die Regierung ermächtigt wurde*, einerseits im Interesse der Gewährleistung der Ordnung des Wirtschafts- und Kreditlebens auch sonstige, zivilrechtliche, verfahrensrechtliche und zur Legislative gehörige sonstige Verfügungen zu treffen (2. §) und andererseits zur Verringerung der staatlichen und Selbstverwaltungsausgaben sowie zur Steigerung der Einnahmen alle notwendigen Maßnahmen zu treffen. (4. und 5. §).

Jenő Gál, Mitglied der Vázsonyischen Nationaldemokratischen Partei weist „die Ermächtigungsvorlage als Versuch, der im Widerspruch zur historischen ungarischen Verfassung steht...“ zurück.²⁶ Der Meinung von Graf Albert Apponyi kann ins Verfassungsleben keine solche Ermächtigung eingefügt werden, die sich auch darauf erstreckt, dass die Regierung die im Haushaltsgesetz festgelegten Ausgabenposten verringert bzw. nicht bewilligte Einnahmequellen in Anspruch nimmt und die zu treffenden Verordnungen mit Strafsanktionen versieht. Der Gesetzesvorlage stimmt er dennoch zu, weil er „in dieser schwierigen Lage“ keinen Regierungswechsel wünscht.²⁷

Von Seiten der Opposition betont Tibor Eckhardt²⁸, daß die Regierung keinesfalls zur Steuererhöhung ermächtigt werden darf, da dies seit Jahrhunderten das Recht des Parlaments darstellt, und daß die Regierung auch zur Senkung der Löhne und Renten kein Recht erhalten kann, solange sie die Stellungsanhäufungen nicht beseitigt, denn sehr viele verfügen über 4, 5 ja 6 Stellen gleichzeitig und die Jugendlichen dagegen finden keine Anstellung. Zu diktatorischen Rechten kann die Kleinbauernpartei die Regierung nicht ermächtigen. Ebenso wird die Ermächtigungsvorlage als „sehr weitgehend, sehr diktatorisch“ auch von Endre Bajcsy-Zsilinszky²⁹, Pál Hegymegi Kiss³⁰ und Sándor Propper zurückgewiesen. Letzterer geht sehr scharf dagegen an, daß die Regierung, die das Land zuerst in den Bankrott geführt hat, „sich jetzt von selbst meldet und Verwalter der Konkursmasse sein will“.³¹ Dem Standpunkt von Károly Peyer zufolge kann ein solches Parlament die Regierung überhaupt nicht ermächtigen, weil es nicht das Volk vertritt, denn in den meisten Fällen entscheiden die Verwaltungsbehörden, wer der Gesetzgeber sei, demzufolge

verfügt das Abgeordnetenhaus selbst über keine Ermächtigung, über kein Mandat, um im Namen des Volkes des Landes eine Entscheidung zu treffen³². Im wesentlichen mit der gleichen Argumentation wird die Ermächtigung „diese nach unbeschränkter Diktatur strebende Macht“, auch von Ferenc Szeder³³ zurückgewiesen.

Im Oberhaus sind unter fünf Rednern – obwohl einige die Wirtschaftspolitik der Regierung ziemlich kritisierten – vier ohne die Betonung verfassungsrechtlicher Bedenken bereit, der Regierung die geforderte Ermächtigung zu geben³⁴. Eine Ausnahme stellt Graf András Hadik dar, eine führende oppositionelle Gestalt des Oberhauses,³⁵ der von verfassungsrechtlichem Gesichtspunkt aus die im 2. § des Gesetzesvorschlages enthaltene Ermächtigung für gefährlich hält. Seiner Meinung nach kann dieser Paragraph auch so ausgelegt werden, daß „die gesamte gesetzgeberische Befugnis der Regierung übertragen wird“. Wenn wir ein Gesetz schaffen, mit dem erklärt werden kann, daß die Regierung unter Außerachtlassung verfassungsrechtlicher Gesichtspunkte auch die Gesetze ändern kann, „dann würde dieser Vorschlag nichts anderes darstellen als die reine Diktatur“. Er hält deswegen die Einschränkung des Kreises der Ermächtigung für unerlässlich, nicht, daß sich unter diesem Berechtigungsgrund die Möglichkeit ergibt, z. B. die Pressefreiheit einzuschränken, das Versammlungsrecht aufzuheben oder die Verfügung über das Privateigentum nach Belieben zu beschränken, oder etwa sogar die verfassungsrechtlichen Garantien der richterlichen Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit zu nichts zu machen. Unter Hinweis auf die Rede von István Bethlen in der Debatte im Unterhaus, auf die wir später noch eingehen werden, hält Hadik – im Gegensatz zur Meinung des Ministerpräsidenten – den Mangel des Regierens mit Notverordnungen gerade für eine Stärke unseres Verfassungsrechtes, für eine Verfassungsgarantie. Es besteht keine Notwendigkeit zu einem Grundgesetz, welches jederzeit gewährleisten würde, daß die Regierung ohne Anhören des Parlaments außerordentliche Maßnahmen in Kraft setzt.³⁶

Da der Ministerpräsident nicht bereit ist, den Text der Vorlage zu ändern, legt Graf Hadik einen Beschlußentwurf vor, der besagt, daß die Regierung im erwähnten 2. § des Gesetzesentwurfes keine Ermächtigung dazu erhalten hat, die auf Gesetz oder dem Gewohnheitsrecht beruhenden Regeln unserer Verfassung durch Verordnungen zu verändern oder außer Kraft zu setzen. Weiterhin schlägt er vor, daß das Oberhaus das Abgeordnetenhaus auffordern möge, diesen Beschlußentwurf ebenfalls anzunehmen, und diesen auf solche Weise zu einem Landesbeschluß zu erheben.³⁷

Bethlen stimmt im Namen der Regierung Hadiks Vorschlag zu und entwirft damit die Opposition im Oberhaus. Er betont, dass er nicht beabsichtige, das Parlament „beiseitezuschieben“, dieses könne die Regierung jederzeit zur Verantwortung ziehen, „wenn sie die Ermächtigung nicht auf richtige Weise anwendet“.³⁸

In der Debatte im Oberhaus bringt Justizminister Tibor Zsitvay – im wesentlichen das auf der erwähnten Ministerratssitzung Gesagte wieder-

holend – folgendes zum Ausdruck: die Regierung wäre dann und deshalb zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie diese Möglichkeit in der Notlage nicht in Anspruch genommen hätte, nicht *das Recht*, sondern *die Tatsache* der Ausgabe der Notverordnung zu benutzen. Die Notwendigkeit der Ermächtigung begründet er auch damit, daß unserem öffentlichen Recht zufolge Regeln des Privatrechtes auf dem Verordnungswege nur auf ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung geschaffen werden können; und solche „tief in die privatrechtlichen Verhältnisse einschneidenden“ Verordnungen werden z. B. auf dem Gebiet des Geldverkehrs nicht umgangen werden können.³⁹

c) Wie wir erwähnt haben, weist die Gesetzesvorlage (4. und 5. §) im Interesse der Wiederherstellung des Gleichgewichtes des Staatshaushaltes die Regierung zur Steigerung der Einnahmen und zur Senkung der Ausgaben an. Über die diesbezügliche verfassungsrechtliche Debatte haben wir bereits berichtet. Die Steuererhöhung selbst und der Plan der Kostensenkung stellen die Frage in den Mittelpunkt der Diskussion, *in welchem Masse* für die Krise in Ungarn *die Wirtschaftspolitik der Regierung verantwortlich ist*. In dieser Hinsicht sind die Meinungen sehr geteilt. Der die Regierung unterstützende Antal Éber sagt in seiner Stellungnahme, daß für die Probleme „nicht eine Regierung und nicht eine Partei verantwortlich sind“, sondern „der beispiellos übertriebene Anspruch der gesamten Gesellschaft“, daß in jeder Schicht der Gesellschaft soziale und kulturelle Ansprüche von übertriebenem Maße hervorgetreten sind, die „von den Gesetzen der Wirtschaft nicht beengt werden“. Es gibt nicht eine einzige politische Partei, die auf diesem Gebiet keine großen Fehler begangen hätte. Im Munizipalausschuß der Hauptstadt zum Beispiel wurde von den Sozialdemokraten und der demokratischen Partei Béla Fábiáns auf fast jeder Sitzung zu neueren und sehr teuren Bauarbeiten gedrängt, Rassay hält die vielen Budapester Strandbäder nicht für ausreichend und drängt zur Aufstellung weiterer solcher Anlagen. Der steinreiche Bankier Éber bemühte sich also, für die Verschlechterung der Wirtschaftslage einesteils die Opposition verantwortlich zu machen und anderenteils die Weltkrise, deren Folgen gegenüber „die Regierung eines kleinen, schwachen Landes fast machtlos steht“. ⁴⁰ Natürlich kann auch „Trianon“ nicht in der Debatte fehlen. Lajos Szilágyi, der sich zur Opposition bekennt, verwirft die Argumente von Antal Éber zum Schutz von Bethlen und behauptet, daß es ganz gleich wäre, wer der Ministerpräsident ist, denn er könne nichts daran ändern, daß „ein verstümmeltes Ungarn kein Land ist“, daß alles Übel der Tatsache entspringt, daß „wir die Folgen des Friedens von Trianon erleiden“, und somit auch die Krise.⁴¹ Dem Abgeordneten der Regierungspartei Károly Schandl zufolge ist für die ungarische Lage hauptsächlich die Weltkrise verantwortlich, doch daneben auch die Parteien, die – hauptsächlich die sozialdemokratische Partei – von der Regierung den Beginn öffentlicher Arbeiten, den Bau von Straßen, Brücken, Wohnungen sowie andere staatliche, städtische oder kommunale Investitionen forderten und jetzt für all das die Regierung verantwortlich machen wollen.⁴²

Der Maschinenfabrikant István Friedrich betont unter Berufung auf seine zehnjährige oppositionelle Vergangenheit, daß — obwohl es sich bei der Krise um eine Welterscheinung handelt — diese in Ungarn durch die Wirtschaftspolitik der Regierung verschlechtert wurde. Er beanstandet, daß die Regierung, „der ungarische Staat sich immer mehr in die Banken hineinsetzt, ... in Form von Garantien...; und das wird von mir, jawohl, als drohende Sozialisierung (!) bezeichnet“, erklärte der ehemalige Ministerpräsident der Konterrevolution von 1919.⁴³ Graf Ferenc Hunyadi ist ebenfalls der Meinung, daß das Auftreten der Weltkrise in derartigem Ausmass in Ungarn hauptsächlich durch die fehlerhafte Wirtschaftspolitik der Regierung verursacht wurde (unwirtschaftliche Anwendung der ausländischen Kredite, mangelhafte Kontrolle, Überziehung der Steuer-schraube, Vernachlässigung der Agrarinteressen, übertriebene Zentralisierung usw.).⁴⁴ Graf Hunyadi verweist auch auf die übertriebenen Ausgaben; auf dieses, im Laufe der Debatte von sehr vielen Seiten aufgeworfene Problem werden wir später noch zurückkommen.

Jenő Gál geht noch weiter, als er im Namen der Vázsonyi-Nationaldemokratischen Partei erklärt, dass für die schwierige wirtschaftliche Lage ausschliesslich die Regierung verantwortlich ist.⁴⁵ Der gleichen Meinung ist auch Károly Rassay: die seit einem Jahrzehnt über uneingeschränkte Macht verfügende Regierung ist dafür verantwortlich, dass sie mit ihrer Politik — trotz jeglicher Warnungen — das Land in eine katastrophale Lage geschleudert hat.⁴⁶ Imre Györki macht ebenfalls in erster Linie die zehnjährige schuldhaftige Politik der Bethlen-Regierung für die sich herausgebildete Lage verantwortlich.⁴⁷ Der Feststellung des legitimistischen oppositionellen Abgeordneten Graf György Pallavicini zufolge „wimmelt“ die Wirtschaftspolitik der Regierung „von Fehlern und Versäumnissen“, deshalb sind die schwierigen Verhältnisse nicht nur durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufen worden, sondern durch die Leichtfertigkeit und Ohnmächtigkeit der Regierung, in erster Linie durch das übertriebene Kultusbudget.⁴⁸ Von den sozialdemokratischen Abgeordneten Géza Malasits und Jakab Weltner wird hervorgehoben, daß neben der Weltwirtschaftskrise zweifellos auch eine gesonderte ungarische Krise existiert, für die der völlige Mangel an Voraussicht bei der Regierung und die unerhörte Verschwendung verantwortlich sind.⁴⁹

Die der Regierungspartei angehörenden Landesväter reagieren nicht im mindesten auf die Darlegungen der Opposition; János Esztergályos stellt mit Recht fest: „Die Koryphäen der einheitlichen Partei ducken sich in tiefer Stille und verteidigen nicht“ die Wirtschaftspolitik der Regierung.⁵⁰

Im Laufe der Debatte um die Gesetzesvorlage im Oberhaus nahm im Grunde genommen lediglich Graf Aladár Széchenyi so Stellung, daß für die Wirtschaftsprobleme nicht nur die Weltwirtschaftskrise verantwortlich ist, sondern auch die Regierung, die von mehreren Mitgliedern des Oberhauses über Jahre hindurch vergeblich auf die verfehlte Wirtschaftspolitik und besonders auf die Gefahren der Verschwendung aufmerksam gemacht wurde.⁵¹ Graf Széchenyi nahm dennoch, ähnlich wie Graf Hadik,

die Gesetzesvorlage an. Hadik hielt die Kreditpolitik des Finanzministers für verfehlt, die dem Einströmen von französischen Krediten in das Land den Weg versperrte und damit auch die Annäherung der zwei Staaten hinderte. Unter den Mitgliedern des Oberhauses sprach sich Zoltán Koós entschieden dafür aus, daß die Krise in keinem Zusammenhang mit der Politik der Regierung steht; diese aus dem Westen kommende Krise hätte von keiner Wirtschaftspolitik der Regierung verhindert werden können. Er gerät jedoch in Widerspruch mit seiner obigen Äußerung, als er seinen Beitrag damit schließt, daß die ungarische Krise auch dann mit entsprechenden Regierungsmaßnahmen gelöst werden kann, wenn es nicht gelingen wird, innerhalb kurzer Zeit eine Staatsanleihe aufzunehmen.⁵² Der Finanzminister, der im Laufe seiner Rede im Abgeordnetenhaus diese Frage nicht berührte, betonte im Oberhaus gegenüber von Széchenyi und Hadik: nicht die Wirtschaftspolitik der Regierung, sondern die Weltwirtschaftskrise spielt eine große Rolle dabei, daß wir hierhergeraten sind.⁵³ Auf seine, die Verantwortung der Regierung abweisenden Darlegungen reflektierte im weiteren keines der Mitglieder des Oberhauses.

Im Abgeordnetenhaus, ja sogar auch im Oberhaus gelangte jedoch *die Kritik der konkreten Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung* auf Jahre zurückgehend in den Vordergrund.

Scharf wird, oft begründet, jedoch nicht immer mit überzeugend wirkenden Argumenten in der Arbeit der Regierung der Mangel an Planmäßigkeit und besonders an Sparsamkeit angegriffen, die unverantwortliche und unmäßige Verschwendung. Die vielleicht stürmischsten Attacken ergehen an den Kultusminister, der Übertriebenheit der Ausgaben wegen. Es wird beanstandet, daß Graf Kunó Klebelsberg Universitäten und Kirchen bauen ließ, die Ausgestaltung des Heiligen-Markus-Platzes in Szeged wird mißbilligt, die Szegeder Klébojda (ein Wortspiel aus Klébelsberg und tébolyda = Irrenanstalt), die „Himmelfahrt von Klébi“ usw.⁵⁴ Aladár Széchenyi stellt in der Debatte im Oberhaus ebenfalls in erster Linie die Person des Kultusministers Klébelsberg an den Pranger, „dem die Verschwendungssucht und die Schöpfersehnsucht im Blut liegen und der auch jetzt in Tihany eine Sportanlage bauen läßt.“⁵⁵ Die Abgeordneten kritisieren unter anderem die zu viel kostende Restaurierung des Landesarchives, die berühmten Fresken-Bestellungen,⁵⁶ das Fischbiologie-Institut in Tihany, die Schaffung der „Wasserkäferschmiede“.⁵⁷ Als überflüssige Geldverschwendung wird die Organisation der Collegia Hungarica bezeichnet,⁵⁸ oder die in Valuten gezahlten Stipendien⁵⁹ ebenso wie das eine riesige Geldsumme verzehrende Kulturhaus in Csepel, das aus dem Geld der Gemeindesteuerzahler erbaut wurde.⁶⁰ Auch der Bau des Palotahotels in Lillafüred sowie die umfangreichen und nutzlosen Repräsentationsausgaben werden von mehreren Diskussionsrednern der Regierung vorgeworfen.⁶¹ Eckhardt dagegen macht die Regierung für das übertriebene Budget verantwortlich, die Schaffung überflüssiger neuer Ämter und für diese den Bau neuer Amtspaläste sowie die um sich greifende Bürokratie, weiterhin beanstandet er die Entwicklung der Industrie, besonders der Automobilindustrie, die auf Kosten der Landwirtschaft verfolgt sei,

„wodurch unzählige Millionen hinausgeworfen wurden“, anstelle daß zum Beispiel die mit Defizit arbeitende Maschinenindustrie (Ganz-Danubius, MÁVAG) abgebaut worden wäre; ebenso als Verschwendung bezeichnet er die „mit keiner Hoffnung auf Erfolg“ geschehende Einrichtung zur ungarischen Tonfilm-Herstellung.⁶²

Der Parteilose Miklós Lázár hält ebenso wie Eckhardt als für einen Hauptfehler die übertriebene Industrieentwicklung sowie die in „Elefantiasis“ gefallene Bürokratie, die Subventionen und die staatlichen Unterstützungen. Er geht auch noch darüber hinaus und behauptet, daß die auf Kosten der Landwirtschaft entwickelte und übertriebene Politik der öffentlichen Betriebe dahin geführt hat, daß „schließlich zu dem unser ganzes System leitenden Prinzip der Staatssozialismus (!) geworden ist“.⁶³ Und von Rassay wird die Lage so beurteilt, daß der Wettbewerb der öffentlichen Betriebe „das ungarische wirtschaftliche Leben zerstört und verwüstet hat“.⁶⁴ Jenő Gál dagegen ist der Meinung: „wir sind die Bettler dessen“, daß die unter staatlichem Protektorat funktionierenden „Hanga“, „Futura“, weiterhin die Industrie-, Bau- und sonstigen protegierten Genossenschaften „riesige Summen veradministriert haben“. Malasits zufolge verschlingen die dem Land keinerlei Ergebnis bringenden Auslandsbotschaften unglaubliche Summen;⁶⁵ Peyer bringt zu Wort, daß mehr als die Hälfte des Haushaltes das Gehalt der Beamten ausmacht, deren Zahl dazu noch um etwas mehr ist, als im Vorkriegsungarn auf dem gesamten Landesgebiet. Viele Millionen hat die Regierung auf Gendarmerie-, Polizei- und Zollbeamtenkasernen, Amtsgebäude von Luxusausführung und weiterhin für den Bau von Gerichten und Gefängnissen verschwendet.⁶⁶

Die Angriffe gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, die aus den verschiedensten Richtungen kommen, finden fast kein Ende, sie machen auch die Mehrzahl in der Parlamentsdebatte aus, obwohl sie sich kaum an die einzelnen, diskutierten Bestimmungen der Gesetzesvorlage anschließen. Auf die ansonsten sehr interessanten, vielseitigen und für die Zeit charakteristischen Kritiken, Argumente gehen wir im weiteren nicht ein.

Befassen wir uns nun mit dem in der Gesetzesvorlage auftauchenden Plan der Erhöhung der öffentlichen Lasten, können wir feststellen, daß dieser in beiden Häusern fast gleichmütig auf Ablehnung trifft, obwohl in beiden Fällen jeweils im Schutze einer anderen gesellschaftlichen Schicht. Auch die wenigen Abgeordneten der Regierungspartei, die sich in der Debatte überhaupt zum Wort erheben, halten die Sparsamkeit, die Verringerung der Ausgaben, „den Abbau“ für erstrangig und erst nach Ausschöpfen dieser Möglichkeiten kann die Steuererhöhung aufgeworfen werden.⁶⁷

Imre Györki und István Farkas schlugen in ihrer Minderheitsmeinung unter anderem vor, das Hohe Haus möge der Regierung verbieten, mit neueren Steuern und Erhöhung der öffentlichen Lasten den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen.⁶⁸

Standpunkt des Abgeordneten Jenő Gál, der die nationaldemokratische Partei vertritt, ist es, daß allein auf die Haus- und sonstigen Immobilienbesitzer neuere Lasten gewälzt werden können, die zur Zeit der Inflation

ihre Schulden in Papierkronen zurückerstatteten, und somit zu materiellem Vorteil gelangten.⁶⁹

Diese Anschauung wird von Seiten der Regierungspartei durch Károly Schandl zurückgewiesen, der vorbringt, daß diese Schichten bisher bereits genügend materielle Opfer gebracht haben.⁷⁰ Miklós Kertész (sozialdemokratische Partei) verwahrt sich gegen jede solche neuere Steuerlast, welche die *physikalischen und geistigen Werktätigen* berührt.⁷¹ Egon Turchányi („linke Mitte“) hält es — da die Regierung nicht offen Farbe bekennt, wo und in welchem Maße die Steuern und öffentlichen Leistungen erhöht werden sollen — für unzulässig, die *Kleinbauern- und Handwerker-gesellschaft* weiter zu belasten. Anstelle von Steuererhöhung schlägt er eine Verringerung der Ausgaben vor, ähnlich wie dies István Farkas und der Parteilose Miklós Lázár vorschlagen, der der Meinung ist, daß die Steuern um keinen Filler erhöht werden dürfen.⁷² Béla Fábián⁷³ behauptet in seinem Beitrag, daß das Defizit des Staatshaushaltes nicht so beträchtlich sei, daß dies eine Steuererhöhung begründen würde, besonders nicht hinsichtlich der *Handwerker, Kaufleute, Landwirte und Arbeiter*. Eher müßten die Steuern gesenkt werden und es wäre wünschenswert, das Defizit „durch Senkung der Ausgabenposten des Haushaltes und damit des Einnahmenbedarfes“ auszumerzen. Und Ferenc Szeder⁷⁴ betont, daß die *Kleinbauern* bereits jetzt ihren Steuerverpflichtungen nicht nachkommen könnten.

Die Mitglieder des Oberhauses wollen ebenfalls nichts über die Steigerung der öffentlichen Lasten hören, besonders nicht in der Landwirtschaft, und zwar wegen der großen Steuerrückstände, der niedrigen Produktpreise und der schlechten Ernte.⁷⁵

Der *Verminderung der Ausgaben*, der Möglichkeit der eventuellen Einsparungen gegenüber hegt man weder im Unter- noch im Oberhaus große Hoffnungen.

Tibor Eckhardt hält es im Interesse der Senkung des überdimensionierten Haushaltes für erforderlich, daß der Staat für keine einzige Bank Garantie übernimmt und ist der Meinung, daß das überdimensionierte Bankensystem „auf dem Wege der Zwangsfusion und des Abbaues auf gesunde Grundlage gebracht werden muß.“⁷⁶

Die Abgeordneten der Regierungspartei widerlegen einander, wenn Károly Schandl erklärt: „es wird nicht an die Gehaltsverringerung der Beamten gedacht“, im weiteren Laufe der Debatte aber verrät ein anderer Landesvater der Einheitspartei, Gyula Lakatos, daß „man gezwungen sein wird, auch bei den Personalausgaben bedeutende Senkungen durchzuführen“ und auch die Sachausgaben zu verringern, hinter denen sich im wesentlichen Personalausgaben verbergen.⁷⁷

Von Seiten der Opposition fordert Béla Fábián, beim Beamtenstand die Prämien und die „versteckten Hilfen“ zu beseitigen; der Behauptung von István Farkas zufolge gibt es mehrere hundert aus der Monarchie verbliebene österreichische und tschechische Generale, die vom ungarischen Staat ihre Pension erhalten, auch diese Tatsache könnte bei der Verminderung der Ausgaben des Haushaltes in Betracht gezogen werden.⁷⁸

Zur Senkung der Personalausgaben übrigens bringt fast kein einziger Abgeordneter einen konkreten Vorschlag vor, man ist bemüht, dieses Problem zu umgehen. Eine Ausnahme stellt Tibor Farkas dar, der die Verringerung der Abgeordnetendiäten vorschlägt.⁷⁹ (Wir bemerken, daß zu Schluss der allgemeinen Debatte dieser Vorschlag vom Haus mit großer Mehrheit zurückgewiesen wird, ebenso wie die oben erwähnte Minderheitsmeinung vom Imre Györki und István Farkas oder der Vorschlag von Györki, daß solange es Arbeitslose gibt, keiner mehr als eine, mit Bezahlung einhergehende Funktion ausüben könne.⁸⁰

Ein besonderes Vorbringen von Seiten des Oppositionellen Tibor Farkas ist der Verkauf oder die Vermietung von staatlichen Betrieben aus Sparsamkeitsgründen an Private, er erwähnt auch diesbezügliche Beispiele: verkauft werden könnten die staatlichen Güter, vermietet werden könnte die Post, das Telefon usw.⁸¹ Lautlose Stille ist die Antwort auf diesen spezifischen Vorschlag auf allen Seiten des Hauses. — Ebenfalls von Farkas wird vorgeschlagen, die Finanzlage des Landes von „ausländischen, unparteiischen Personen“ untersuchen zu lassen. Er von seiner Seite würde zum Beispiel ruhig die Meinung von Keynes⁸² akzeptieren, als unvoreingenommene, objektive Feststellung. Die Angriffe gegen das Kapital mißbilligt er, denn ihm zufolge „gibt es ohne Kapital keine Arbeitsgelegenheit, sondern Arbeitslosigkeit, Not, Revolution...“⁸³

Im Schutz des Kapitals und des Kapitalismus erhebt auch der rechte Flügel der Sozialdemokratischen Partei seine Stimme. Géza Malasits wagt sich vielleicht noch am weitesten vor auf diesem Gebiet, als er betont: sie sind zwar Antikapitalisten, doch solange der Kapitalismus besteht, sind sie bestrebt, zu erreichen, daß er „mit dem geringsten Opfer und Leid seiner Berufung entspricht, nämlich die Menschen zu ernähren und mit Kleidern und Arbeit zu versorgen“. Wir können uns kaum wundern, wenn Tibor Kállay, der ehemalige Finanzminister des Bethlen-Regimes — jetzt in der „Opposition“ — auf die obigen Worte mit einem zustimmenden Einruf reagiert: „Wenn das Ihr Programm ist, den Kapitalismus zu verbessern, dann ist das in Ordnung!“⁸⁴ Malasits, vielleicht auch durch Kállays Ermunterung angespornt, ruft im weiteren die Bethlen-Anhänger geradezu auf, „es dem Kapitalismus zu ermöglichen, seine Kraft auszudrücken, also alles zu verhindern, was diese kapitalistische Produktion in ihrer Entwicklung hindert,... ihr die Unternehmung leicht zu machen, doch ... nicht zu vergessen, daß ... die Arbeiter, Ingenieure und Beamten auch, Menschen sind“ (!)⁸⁵ Jakab Weltner, der den „Bolschewismus“ bekrittelt, wirft dem Kapitalismus hauptsächlich die Überproduktion vor, daß er „von allem mehr produziert, als was gebraucht wird, doch es keinen Verbraucher gibt, der all dies kaufen würde.“⁸⁶

Einige Abgeordnete schlagen zwecks Senkung der Kosten im Staatsapparat gewisse strukturelle bzw. Kompetenzveränderungen vor. Gyula Lakatos (Regierungspartei) fordert als „Mann der Justiz“ die Vereinfachung der Gerichtsbarkeit und ihre „Einstellung auf zwei Instanzen“,⁸⁷ Ferenc Hunyadi ist für die Dezentralisierung der Staatsverwaltung und die Verwirklichung der billigeren und schnelleren Sachbearbeitung.⁸⁸

Fábián bedauert, daß die diesbezüglichen Vorschläge von Professor Zoltán Magyari durch die Regierung nicht in Betracht gezogen wurden.⁸⁹

Von Seiten der Mehrheitspartei drängen einige auf den „starken Abbau der Institutionen der Sozialversicherung — unter Berufung auf Sparsamkeit.“⁹⁰ „Es ist eine Unmöglichkeit, dass es gerade unser armes Land sein soll, welches bei der umso weiteren Anwendung der Krankenversicherung einen europäischen Rekord aufstellt“, braust der steinreiche Bankier Antal Éber auf, obwohl er ganz genau weiß, daß sich in Ungarn die Sozialversicherung auf einen ganz verschwindenden Teil der Bevölkerung erstreckt. Daneben wird von Éber scharf auch noch der Gedanke der Arbeitslosenhilfe zurückgewiesen, ebenso wie die Schaffung der Möglichkeiten von öffentlichen Arbeiten.⁹¹

Im Oberhaus sind Miksa Hoyos und Graf János Hadik gleichermaßen der Meinung, daß im Interesse der Sanierung die Ausgaben möglichst reduziert werden müssen, doch wird von letzterem auf diesem Gebiet Vorsicht vorgeschlagen: „... wir sollten es nicht zulassen, daß das arme Volk, die kleinen Existenzen ins bolschewistische Lager getrieben werden“, es muß verhindert werden, daß sie durch die eventuell übertriebene Sparsamkeit in dieser Krise völlig zugrunde gehen.⁹²

Die Reduktion des Importes,⁹³ die Förderung des Exportes als der „einzigen valutenbildenden Kraft“ auch durch Prämien und Erstattungen sei erforderlich und neben der maximalen Steigerung der Ausfuhr müssen die Importe auf das Minimum verringert werden.⁹⁴ Im Oberhaus ist es Miksa Hoyos, der energisch auf Verringerung der Einfuhr und Steigerung der Ausfuhr drängt.⁹⁵

„Grund“ allen Übels sei, daß das Land über kein „von der Regierung inspiriertes Produktionsprogramm“ verfügt“, behauptet István Friedrich.⁹⁶ Lázár drängt auch darauf, daß die Regierung innerhalb kurzer Zeit ein organisches, ausgedehntes Wirtschaftsprogramm ausarbeiten und dem Haus vorlegen möge.⁹⁷

Zwecks radikaler Besserung der Wirtschaftslage kommt noch die Umstellung der Landwirtschaft von dem auf dem Weltmarkt unverkäuflichen Getreide auf die Produktion von Obst, Gemüse, Eiern und Geflügel zur Sprache,⁹⁸ weiterhin wird die Liquidierung der Latifundien und eine tiefgreifende Grundbesitzreform⁹⁹ aufgeworfen sowie noch viele andere, neben den damaligen Verhältnissen unrealisierbare Vorstellungen. Auf diese gehen wir nicht ein, wir wollen lediglich einen einzigen irrealen Vorschlag erwähnen, demzufolge der aus der Krise führende Weg in „der Restaurierung des ungarischen Königtums und der Wirtschaftsunion mit Österreich“ besteht.¹⁰⁰ Das „Weinen“ nach der alten Monarchie, nach „den Habsburgern, die den Krieg und Trianon verursacht haben“ löst nur bei den Sozialdemokraten ein — abwerfendes, spöttisches — Echo aus.¹⁰¹

Auf die in Verbindung mit den einzelnen Bestimmungen der Gesetzesvorlage sowie mit der Wirtschaftspolitik der Regierung verklungenen Bemerkungen und die „mit den unterschiedlichsten Detailargumenten“ arbeitenden, stürmischen oppositionellen Kritiken antwortet am Ende der allgemeinen Debatte im Abgeordnetenhaus der spürbar mit einer großen

Parlamentsroutine verfügende Ministerpräsident in seiner spitzfindigen, die Tatsachen verdrehenden oder verschweigenden, gut durchdachten und wirksam aufgebauten Rede. Die Ermächtigungsvorlage begründet Bethlen damit, daß im Interesse eines sicheren und ständigen Gleichgewichtes des Staatshaushaltes auch von nun an die Erfordernis schnellen Handelns besteht, und dazu gewährleistet die ungarische Verfassung, im Gegensatz zu den Verfassungen der meisten europäischen Länder (Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei usw.), der Regierung nicht das Recht zur Ausgabe von Notverordnungen, was seiner Ansicht nach ein ernster Mangel unserer Verfassung ist. Die Regierungen sind deshalb gezwungen, gesonderte gesetzliche Ermächtigungen zu erbitten, ja sogar — wenn eine eilige Verordnung notwendig ist, wie es jetzt im Falle des Bankenschlusses geschehen ist — ohne Ermächtigung zu handeln, indem sie auf die nachträgliche Ratifizierung durch das Parlament rechnen. Im weiteren stellt er fest, daß die ausgebrochene Krise von keiner einzigen Regierung der Länder der Welt vorausgesehen wurde, so kann auch gegen sein Ministerium nicht die Anklage wegen Mangel an Voraussicht mit Recht erhoben werden. Er hält es für richtiger, dass die Überflüsse des Haushaltes für die von der Opposition immer wegen geringen Ausmaßes bemängelten Investitionen aufgewendet wurden, anstelle daß diese mit Hilfe teurer ausländischer Anleihen geschaffen worden wären. Er argumentiert damit, daß im Laufe der Investitionen, die insgesamt eine Summe von 800 Millionen ausmachen, unter anderem ein Handels- und Industriehafen in Budapest gebaut wurde, die während des Krieges zerstörten Straßen wiederhergestellt und modernisiert wurden sowie auch die Post, Telegraphenamt, Telephon und die Ungarische Staatliche Eisenbahn. In besonderen Schutz nimmt er die 55 Millionen-Investitionen des Kultusministeriums, die sehr angegriffen wurden und im Laufe deren die Universitäten der Gebiete, die infolge des Trianon-Friedens abgetrennt wurden, umgesiedelt wurden sowie Schulen, Institutionen des Hoch- und Mittelschulunterrichts, Internate, ein Hebammenbildungsinstitut in Szolnok und in unterschiedlichen Orten wissenschaftliche Forschungsinstitute geschaffen wurden. Als Ergebnis der Investitionen des öffentlichen Gesundheits- und des Volkswohlfahrtswesens entstanden Krankenhäuser, Sanatorien und Kinderschutzinstitutionen. Besondere Betonung legt Bethlen auf die mit der Bodenreform verbundenen Bauernbeiten sowie die des städtischen Wohnungsbaus, welcher letzterer besonders von den Sozialdemokraten gefordert und nie für ausreichend gehalten wurde. Die Kritik der Opposition ist seiner Meinung nach nicht objektiv. Wenn es vielleicht auch unter den Investitionsvorhaben verfehlt geben sollte „hat dennoch die ganze Aktion dem Wohle des Landes gedient, und deshalb wage ich es, vor der Nation dafür die Verantwortung zu übernehmen“, — beteuert der Ministerpräsident.

Bethlen übergeht natürlich die „heiklen“ Fragen mit Schweigen (wie zum Beispiel das Palotahotel in Lillafüred, der übertriebene Behördenapparat usw.), ja er behauptet vielmehr, daß die Anzahl der öffentlichen Angestellten nicht gestiegen, sondern um 20% gesunken sei und beruft sich darauf, dass vom Haushaltsgesetz des vergangenen Jahres weitere

10% Personalverminderung vorgesehen waren, und zwar innerhalb von 6 Jahren und dieser Prozeß werde nun beschleunigt werden. Seiner Meinung nach ist die Zunahme der Summe des Budgets hauptsächlich durch die von allen geforderte beträchtliche Erhöhung der Gehälter und Pensionen verursacht worden, dafür bestand auch Deckung im Haushalt; aber „die Opposition hat auch dann noch von Hungerlöhnen gesprochen“. — Obwohl er bei den Sachausgaben Einsparungen gewissen Ausmaßes für möglich hält, können seiner Meinung nach bedeutende Ergebnisse nur durch eine „gewisse, vorübergehende Revision“ der Gehälter und Pensionen oder durch Erhöhung des Maßes der Besteuerung und der öffentlichen Lasten erreicht werden. — (Indem Bethlen mit diesen unbeliebten Vorschlägen offen vor das Parlament tritt, gewinnt er — heute bereits schwer vorstellbar — Vertrauen und Anerkennung, die ihm bereits im Laufe der Debatte von vielen Seiten entgegenkamen. Die die Gesetzesvorlage ansonsten kritisierenden Parteilosen und sogar auch einige Abgeordnete der Opposition würdigen gewisse Verdienste des Ministerpräsidenten.¹⁰² Am vielleicht charakteristischsten ist die Meinung des die verfehlte Politik der Regierung ansonsten entschieden kritisierenden Ferenc Hunyadi: „... in diesem Parlament ist noch immer Graf István Bethlen der überlegene und stärkste Mann... und er ist dazu berufen, das Schicksal des Landes solange zu leiten, bis wir nicht einen tüchtigeren als ihn finden.“¹⁰³ Es gibt aber auch Diskussionsredner, die dem Ministerpräsidenten gegenüber bei weitem nicht so loyal sind. Györki, Rassay und Büchler fordern den alsbaldigen Rücktritt der Regierung.¹⁰⁴ Reisinger zufolge stellt es geradezu „eine Herabsetzung der Nation dar, zu behaupten, daß außer Bethlen niemand von den 8 Millionen Ungarn geeignet ist, die Regierung zu übernehmen.“¹⁰⁵

Der Ministerpräsident stellt es in Abrede, daß die Regierung kein Wirtschaftsprogramm habe, und daß dessen Fehlen die Krise hervorgerufen habe. Der verknöchert konservative und übertrieben selbstsichere, um nicht zu sagen selbstzufriedene Bethlen hält trotz der schwierigen Wirtschaftskrise die Ausarbeitung eines neuen Wirtschaftsprogramms nicht für erforderlich. Und spottend bemerkt er, daß er von der „Gegenseite“ noch keine zusammenhängende, die sämtlichen wesentlichen Probleme umfassende und durchführbare Vorstellung oder ein Pogramm gehört habe.¹⁰⁶ — „Der Großmeister der Taktik“ ahnte damals wohl kaum, daß er wenige Wochen darauf, am 24. August seinen seit dem 14. April 1921 innehabenden Posten des Regierungschefes Graf Gyula Károlyi übergeben wird.

Der letzte Diskussionsredner der allgemeinen Debatte, der Finanzminister Wekerle erweitert das vom Regierungschef Gesagte mit nicht vielen neuen Argumenten und Gedanken. Er ist bestrebt, die Gemüter zu beruhigen, daß es in Ungarn viel weniger Probleme gibt, als in anderen Ländern. Er spricht über die Notwendigkeit der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft sowie die Reorganisation des inneren Verbrauchs und dessen Schwierigkeiten. Und in Verbindung mit der Senkung der Ausgaben betont er, daß wirklich bedeutende Einsparungen nur durch weitgehende organische Reformen erreicht werden könnten, zum Beispiel

müßte durch die Dezentralisation der öffentlichen Verwaltung das Hauptgewicht auf die Gemeinden verlegt werden und somit würden die oberen und mittleren Behörden entlastet. Durch Aufstellung der Verwaltungsgerichte mittlerer Instanz könne die übertriebene Zentralisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit beseitigt werden. Infolgedessen könne gleichzeitig die Anzahl der Finanzdirektionen verringert werden, eine kleinere Zahl solcher Organe könne die Aufgaben billiger und besser versehen.¹⁰⁷ Es erscheint, als wolle Wekerle mit diesen Plänen eher die Aufmerksamkeit von den schleunigst zu lösenden und lösbaren Problemen ablenken, er skizziert „Perspektiven“ auf, die auch die späteren Regierungen nicht bemüht sind, zu realisieren.

Auffällig ist, daß die Opposition, obwohl sich in der eingehenden Diskussion noch dazu Gelegenheit ergeben würde, weder auf die fast jede Kritik abweisenden, die negativen Seiten leugnenden oder umgehenden Äußerungen und „lackierten“ Argumente von Bethlen noch auf die Worte des Finanzministers sich zur Sache weder nicht äußern kann oder will und somit die Gelegenheit zur Propagierung ihrer eventuellen politischen oder wirtschaftlichen Pläne sowie auch zur weiteren konkreteren und begründeteren Kritik der Funktion der Regierung versäumt.

d) Wie wir gesehen haben, gibt die Gesetzesvorlage der Regierung eine weitgehende Ermächtigung dazu, auf dem Verordnungswege solche Fragen zu regeln, die ansonsten in die Kompetenz der Legislative gehören. Der Bestimmung des 7. § der Gesetzesvorlage zufolge ist jedoch das Ministerium verpflichtet, eine Maßnahme derartigen Charakters entweder im voraus bzw. in eiligen Fällen zur gleichen Zeit *einer aus beiden Häusern des Parlaments zu bildenden Landeskommission vorzulegen*, in die vom Abgeordnetenhaus aus den eigenen Reihen 22 Mitglieder und von Oberhaus 11 Mitglieder gewählt werden. Die Landeskommission selbst wählt vom ihren Mitgliedern, d. h. den delegierten Abgeordneten bzw. Oberhausmitgliedern je einen Vorsitzenden, in gleicher Zahl Stellvertreter des Vorsitzenden, Referenten und Protokollführer. Die Kommission hat das Recht der Begutachtung, Ratgebung, Kontrolle und Antragstellung sowohl der Regierung als auch dem Parlament gegenüber, doch „all das berührt nicht“ den dem Ministerium gegenüber bestehenden Kompetenzbereich des Parlamentes zur Kontrolle und Verantwortlichmachung. — Inwieweit es tatsächlich um die Schaffung einer Institution von lediglich Scheinkompetenz geht, verrät der 5. Abschnitt des erwähnten Paragraphen der Gesetzesvorlage, der besagt: die Landeskommission „kann mit ihrer Verhandlung oder ihrem Beschluß nicht verhindern, daß das Ministerium bzw. der zur Maßnahme berechnete Minister die geplanten Verfügungen in Kraft treten läßt...“

Im Abgeordnetenhaus gibt es eine lebendige Reaktion der Opposition auf den Plan zur Aufstellung der Landeskommission. Eckhardt von Seiten der Kleinbauernpartei und Károly Peyer von der Sozialdemokratischen Partei erklären, daß sie „an dieser kompetenzlosen Schaufensterkommission“¹⁰⁸ nicht teilnehmen. Jenő Gál stimmt seitens der Nationaldemokratischen Partei damit überein, daß die Oppositionellen im allgemeinen keine

Rolle „in dieser wirren Quatschkommission“ übernimmt, deren Aufgabe nur darin bestehen wird, zur überdimensionierten Ausdehnung des Kompetenzbereiches des Ministeriums „eine geeignete Staffage zu liefern“. Außerdem hält er es für unrichtig, dass die Mitgliederplätze in der 33-er Kommission nicht nach dem ökonomischen Fachwissen und den Sachkenntnissen, sondern dem Zahlenverhältnis nach unter den Parteien „verteilt“ werden.¹⁰⁹ Friedrich erwartet von dieser Kommission absolut nichts Gutes.¹¹⁰ Apponyi zufolge kann die Landeskommission, bei der es sich nur um eine ratgebende Körperschaft handelt, nicht das Parlament ersetzen, und so wird die völlige Verantwortung auf der Regierung lasten.¹¹¹ Unter den sich zum Beitrag meldenden Abgeordneten ist es allein Ferenc Hunyadi, der die Übertragung der Ausgabe von „gesetzsetzenden und gesetzvertretenden Verfügungen“ auf eine enge Körperschaft für richtig hält, damit diese „mit weiteren Notverordnungen bemüht sei, Ungarn von den Konsequenzen der Weltkrise zu befreien“. Er bemängelt aber den Kompetenzbereich der 33-er Kommission, besonders aber, daß die Kommission nicht das Recht hat, das Parlament einzuberufen. Deshalb schlägt er vor: das Haus möge mehr als fünfzig Abgeordnete wählen, die es übernehmen, mit ihren Unterschriften die sofortige Einberufung des Parlaments zu ermöglichen, falls die Regierung nicht auf die Kommission hören wird.¹¹² Interessant ist, daß nach Abschluß der eingehenden Debatte der Referent Imre Temesváry einen Vorschlag zur Ergänzung des 7. § vorbringt: die Landeskommission kann in dem Falle, wenn sie in Widerspruch zu der vom Ministerium herausgegebenen Verordnung gerät, die Einberufung beider Häuser des Parlaments beschließen. Diesen seinen Vorschlag zieht er aber alsbald zurück, weil der sozialdemokratische Abgeordnete István Farkas dessen Behandlung der Finanzkommission überweisen lassen will, was wiederum die schnelle Erlangung der Gesetzeskraft der ganzen Gesetzesvorlage verhindert hätte.¹¹³

Sowohl Bethlen als auch Wekerle bitten gleichermaßen die Opposition, ihren Standpunkt zu ändern, und mit ihrem Ratschlag an der Arbeit der Landeskommission teilzunehmen, ihr Fernbleiben würde nämlich „der Regierung im voraus einen Freispruch geben“. ¹¹⁴ Wekerle nimmt sowohl im Abgeordnetenhaus¹¹⁵, als auch im Oberhaus¹¹⁶ die Notwendigkeit der Aufstellung der 33-er Kommission in Schutz und argumentiert damit, daß auch diese seit 10 bis 12 Tagen dauernde Parlamentsdebatte zur Gesetzesvorlage beweist: das Plenum des Parlaments ist nicht geeignet, schnelle Maßnahmen, die oft innerhalb 24 Stunden erfolgen müssen, zu treffen und in vielen Fragen könnte nicht einmal vor der großen Öffentlichkeit verhandelt werden, da das dort gehörte von gewissenslosen Menschen zum eigenen materiellen Vorteil benutzt würde. —

Die in die 33-er Landeskommission zu delegierenden Mitglieder werden vom Abgeordnetenhaus am 3. August und vom Oberhaus am darauffolgenden Tag — nachdem es den Gesetzesvorschlag ratifiziert hat — gewählt.¹¹⁷ Damit ist die Behandlung des Ermächtigungsgesetzes im Parlament, das der Regierung zur Bremsung der Wirtschaftskrise fast unbegrenzte Möglichkeiten zur Ausgabe von Rechtsregeln gibt, beendet.

Die *Landeskommission*, in der schließlich auch mehrere Abgeordnete der Opposition vertreten sind (wie z. B. Rassay, Tibor Kállay), hält bereits nach einigen Tagen, am 7. August ihre konstituierende Sitzung ab. (Vorsitzender ist von Seiten des Unterhauses Béla Kenéz, von den Mitgliedern des Oberhauses wurde dazu Andor Juhász gewählt, stellvertretende Vorsitzende wurden Béla Ivády bzw. László Somsich.) Es wurde der Beschluß gefaßt, daß die Verhandlungen der Kommission geheim sind und daß an ihnen weder Mitglieder des Unter- noch des Oberhauses teilnehmen können, die nicht Mitglieder der Kommission sind und daß über die Verhandlungen nur das von der Sitzung angenommene offizielle Communiqué herausgegeben werden darf. — Bereits anläßlich dieser ersten Sitzung wurde mit der Behandlung der Verordnung Nr. 4.500/1931. M. E. über die Kontrolle und die Regelung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland begonnen.¹¹⁸ Damit nahm die Funktion der die Rolle des Parlaments in den Hintergrund drückenden Landeskommission ihren Anfang, die oft mit sehr stürmischen Debatten und auch mit der Niederlegung der Mitgliedschaft verbunden war und im Laufe deren — auch nach Auflösung der akuten Wirtschaftskrise — innerhalb von mehr als sechs Jahren unter Einbeziehung von geladenen Experten in Hinsicht von vielen hundert Verordnungen Stellung genommen wurde. Als letzte geriet die Verordnung Nr. 4.450/1938. M. E. (Über die Anlegung und Erweiterung von Mühlen und die Beschränkung der erneuten Inbetriebsetzung von stillliegenden Mühlen) vor die 33-er Kommission. Das Material der Verhandlungen, die unter Teilnahme dieser Mitgliederzahl erfolgten, wird im Landesarchiv in zwanzig dicken Bänden verwahrt. — Im Laufe der Gebietsrückgliederungen wurde von der Gesetzgebung die Zahl der Mitglieder der Kommission zuerst auf 36,¹¹⁹ dann auf 42¹²⁰ erhöht. Das Material der Debatten der so erweiterten Kommission über verschiedene Verordnungsentwürfe füllt weitere zehn Bände. Die Landeskommission setzte ihre Arbeit ganz bis zur deutschen Besetzung fort; zur letzten 174. Sitzung kam es am 10. März 1944; darauf weisen wenigstens die im Landesarchiv auffindbaren und von uns untersuchten Dokumente hin. Über die Themen der zwölfjährigjährigen Tätigkeit gibt ein Register der behandelten Verordnungen Auskunft.¹²¹ Das viele tausend Seiten umfassende Material der Verhandlungsprotokolle, das bisher noch nicht erarbeitet worden ist, stellt nicht nur Ökonomen und Wirtschaftsgeschichtlern einen „Forschungsschatz“ dar, sondern dient auch den Rechtshistorikern als fast unerschöpfliche Quelle zum Studium des „Krisenrechts“ des Monopolkapitalismus,¹²² das fast zu ordentlichem Recht wurde.

BEMERKUNGEN

¹ Zu Einzelheiten der Weltwirtschaftskrise und der Krise in Ungarn s. *Eckhardt, Ferenc*: A magyar közgazdaság száz éve 1841–1941 (Hundert Jahre ungarische Ökonomie). Bp., 1941. 220–315; *Incze, Miklós* (red.): Az 1929–1933 évi világgazdasági válság hatása Magyarországon (Die Wirkung der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 in Ungarn). Bp. 1955; *Szuhaý, Miklós*: Az állami beavatkozás és a magyar mezőgazdaság az 1930-as években (Der staatliche Eingriff und die ungarische Landwirtschaft in den 30-er Jahren). Bp. 1962; *Magyarország története* 1918–1919, 1919–1945 (Geschichte Ungarns). Chefredakteur: *Ránki, György*. Bp. 1976. 597–661; *Berend T., Iván*: A Nagy Válság és Közép-Kelet-Európa (Die grosse Krise und Mitteleuropa). Válság 1979/11; *Monori Kovács, Gyula*: A világgazdaság válsága idejéből (1929–34) (Aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise. Bp. (1935?)), mit umfassender englischer, deutscher und französischer Bibliographie.

² Mit der Agrarkrise, ja im allgemeinen mit den Vorzeichen der Wirtschaftskrise treffen wir in der ungarischen Gesetzgebung bereits in Verbindung mit dem Gesetz XXVIII des Jahres 1929 über die Beseitigung der Tierverkehrssteuer zusammen (29. Juni). Die Begründung des Gesetzes betont die ständige Verringerung der Tierpreise und „die schwere Lage, in der sich die Tierzucht infolge der sonstigen Wirtschaftsprobleme befindet“. C. J. 318. — Und der Gesetzesartikel XXXI des Jahres 1930 über die Aufnahme einer staatlichen Anleihe (500 Millionen Pengő) beruft sich in seiner Begründung als Ziel auf „die Stärkung der Wirtschaftslage des Landes. C. J. 409. — Der Gesetzesartikel XXXIV des Jahres 1930 begründet die Vereinfachung der Gerichtsbarkeit bereits damit, dass „wir infolge der Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse gezwungen sind . . . das Justizpersonal zu verringern“; weiterhin: „die Vorlage ist auch unmittelbar bestrebt, die Lasten des Staates zu vermindern“. C. J. 466 und 468. — Der Gesetzesartikel XLVII des Jahres 1930 bringt zur Begründung der Verringerung der Zahl der öffentlichen Angestellten, der Verminderung der staatlichen Ausgaben und der Besteuerung der Dienstleistungen vor, dass sich die schwierige Lage der Landwirtschaft auch auf die Industrie und den Handel auswirkt und eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit hervorruft. Deshalb sollen bei den Personal- und Sachausgaben „grosse Einsparungen erreicht werden“. C. J. 617. — Der Gesetzesartikel XX des Jahres 1931 über die Regelung des Wirtschaftswettbewerbes und der Gesetzesartikel XXI des Jahres 1931 über die Industrieentwicklung verweisen in ihren Begründungen ebenfalls auf die Wirtschaftskrise.

³ Gesetz XXII des Jahres 1930 über die Massnahmen im Interesse des Absatzes einiger Getreidearten. C. J. 361–385. — Der Begründung nach bedroht die Senkung der Produktpreise die Landwirtschaft mit schweren Folgen, deren Konsumfähigkeit bei uns Voraussetzung jedes Produktionszweiges ist.

⁴ Im Sinne des § 1 Abs. (6) des obigen Gesetzes wird der Preis der Getreidemarke vom Finanzminister in Übereinstimmung mit den interessierten Ministern in jedem Jahr ab 1. Juli für ein Jahr durch Verordnung festgesetzt.

⁵ OL, K 27. Min. elnökségi Levéltár. Xeroxervielfältigungen der Dokumente des Ministerrates. 3268. sz. 1931. juli. 14.

⁶ Verordnung Nr. 4.000/1931. M. E. über die Schliessung der Kassen der Geldinstitute (14. Juli).

⁷ Zu dieser Verordnung sowie zum Presseecho der einander folgenden weiteren „Notverordnungen“ siehe OL, K. 609. Pressearchiv. Pöpolitika, 47 und 48/1931.

⁸ Verordnung Nr. 4.100/1931. M. E. über die Massnahmen, die infolge der Bankenschliessung erforderlich sind (16. Juli).

⁹ OL, K 27, Nr. 3269, 16. Juli.

¹⁰ Z. B. Nemzeti Újság, 21. Juli.

¹¹ Ebd., 11. August.

¹² Verordnungen Nr. 27.824/1931. I. M. (17. Juli) und 4.200/1931. M. E. zur Ergänzung von Verordnung Nr. 4.100 (18. Juli).

¹³ Verordnung Nr. 4.300/1931. M. E. — Die Verordnung Nr. 4.400/1931. M. E. (30. Juli) verlängerte die Gültigkeit der vorangehenden Verordnungen bis einschliesslich 14. August.

¹⁴ Über den verbleibenden Teil des Jahres ist lediglich das Protokoll des Ministerrates vom 27. August erhalten geblieben, der zu dieser Zeit bereits unter Vorsitz von Graf Gyula

Károlyi tagte. OL, K. 27, Nr. 3270. — Die Protokolle der Ministerratssitzungen des Jahres 1932 fehlen völlig.

¹⁵ Gesetz XXVI des Jahres 1931. C. J. 279–287.

¹⁶ Formular drucksachen der für den 18. Juli 1931 einberufenen Parlamentsversammlung. Abgeordnetenhaus, Protokoll I (im weiteren: KN). Bp. 1931, I. Bd., 38.

¹⁷ Der Bericht enthält keine wesentliche Bemerkung, sondern wiederholt lediglich die Argumente der ministeriellen Begründung.

¹⁸ KN. 3 4.

¹⁹ Oberhaus, Protokoll (im weiteren FN). Bp. 1931, I. Bd., 17–37.

²⁰ KN. 20.

²¹ KN. 21.

²² KN. 85.

²³ KN. 87.

²⁴ FN. 20. Széchenyi hält die „Schliessung“ der Geldinstitute für eine unglückliche Massnahme und wünscht deren Auflösung, die schrittweise erfolgen soll.

²⁵ Györki, Imre, KN. 50, Kabók, Lajos, KN. 281.

²⁶ KN. 84.

²⁷ KN. 85, 86.

²⁸ KN. 108, 109.

²⁹ KN. 270.

³⁰ KN. 264.

³¹ KN. 191.

³² KN. 245 und 318.

³³ KN. 289.

³⁴ Graf Miksa Hoyos, Graf Aladár Széchenyi, Bischof Dezső Baltazár und Zoltán Koós. FN 18, 21, 29, 30.

³⁵ Hadik war zu Ende des ersten Weltkrieges, am 30. und 31. Oktober 1918 für zwei Tage ernannt und sein Amt übernommener Ministerpräsident. Siehe *Bölcsey, József*: Magyarország kormányai 1848–1975 (Die Regierungen Ungarns). Bp. 1978, 235.

³⁶ FN. 24, 25, 26.

³⁷ FN. 28.

³⁸ FN. 37.

³⁹ FN. 36.

⁴⁰ Éber, KN. 60, 59, 61, 58.

⁴¹ KN. 212.

⁴² KN. 115.

⁴³ KN. 66, 67.

⁴⁴ KN. 72.

⁴⁵ KN. 84.

⁴⁶ KN. 89.

⁴⁷ KN. 50.

⁴⁸ KN. 99.

⁴⁹ Malasits, KN. 182, Weltner 291.

⁵⁰ KN. 293.

⁵¹ FN. 21.

⁵² FN. 30.

⁵³ Wekerle Sándor, FN. 31.

⁵⁴ Györki und Esztergályos, KN. 268.

⁵⁵ Széchenyi, FN. 20.

⁵⁶ Büchler, KN. 160, 167, 168, Rassay 94, Turchányi 174.

⁵⁷ Szeder, KN. 286, Eckhardt, 106.

⁵⁸ KN. 286.

⁵⁹ KN. 196.

⁶⁰ KN. 235.

⁶¹ Rassay, KN. 94, Sigray, 260.

⁶² Eckhardt, KN. 106, 102, 103.

⁶³ KN. 211.

⁶⁴ KN. 92.

- 65 Gál, Malasits, KN. 184.
- 66 KN. 239, 240.
- 67 Z. B. Schandl, KN. 113, Somsich, 185.
- 68 KN. 50.
- 69 KN. 82.
- 70 KN. 110.
- 71 KN. 120.
- 72 Turchányi, KN. 171, 172, Farkas 267, Lázár 211.
- 73 KN. 237.
- 74 KN. 288.
- 75 Széchenyi, FN. 20, Hoyos, 18.
- 76 KN. 106 und 103.
- 77 KN. 113, 226.
- 78 KN. 237, 267.
- 79 KN. 186.
- 80 KN. 316.
- 81 KN. 188.
- 82 Keynes, John Maynard (1883–1946), englischer Ökonom, Hauptideologie des Staatsmonopolkapitalismus. Seiner Meinung nach sind die „Schwierigkeiten“ der kapitalistischen Wirtschaft durch Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben zu beheben. Zu Keynes siehe *Mátyás, Antal: A polgári közgazdaságtan főbb irányzatai a marxizmus létrejötté után* (Die Hauptrichtungen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft nach dem Entstehen des Marxismus). Bp. 1960, 201–249. *Eörsi, Gyula: A tulajdonjog fejlődése* (Die Entwicklung des Eigentumsrechts). Bp. 1951, 11. Bd., 244; *Berend T., Irán: op. cit.*, 1–2.
- 83 KN. 187.
- 84 KN. 180.
- 85 KN. 180, 185.
- 86 KN. 291.
- 87 KN. 227.
- 88 KN. 73.
- 89 KN. 233.
- 90 Z. B. Lakatos, Gyula, KN. 22d.
- 91 KN. 64, 61.
- 92 FN. 18, 23.
- 93 *Friedrich* „... wir sind ein Agrarstaat und dennoch haben wir in den letzten Jahren für Millionen Pengő Mais, Kleie und Viehfutter eingeführt.“ KN. 70.
- 94 Gál, KN. 83; Lakatos, 227.
- 95 FN. 18.
- 96 KN. 70.
- 97 KN. 209.
- 98 Reisinger, KN. 253.
- 99 Bajcsy-Zsilinszky, KN. 274, Szeder, 287.
- 100 Markgraf Pallavicini und Pál Ötvös, KN. 100, 161.
- 101 Farkas, István, KN. 269.
- 102 Hunyadi, KN. 74; Apponyi, 86; Turcsányi, 172; Somsich, 186; Szilágyi, 212; Zsilinszky, 278 usw.
- 103 KN. 74.
- 104 KN. 50, 98, 169.
- 105 KN. 252.
- 106 KN. 298–308.
- 107 KN. 311–316.
- 108 KN. 109, 243.
- 109 KN. 78, 83.
- 110 KN. 69.
- 111 KN. 85.
- 112 KN. 72, 74.
- 113 KN. 320.
- 114 KN. 300, 316.

¹¹⁵ KN. 315.¹¹⁶ FN. 53.¹¹⁷ KN. 331, bzw. FN 37.¹¹⁸ OL. K 513. Parlamentsarchiv. Die 33-er Landeskommission. I. Bd., 1–63.¹¹⁹ 1. § des Gesetzes III des Jahres 1939 (24 Abgeordnete, 12 Mitglieder des Oberhauses).¹²⁰ 2. § des Gesetzes XI des Jahres 1941 (28 Abgeordnete, 14 Mitglieder des Oberhauses).¹²¹ OL. K 515. Parlamentsarchiv, Bd. 34.¹²² Mit den unterschiedlichen Gebieten des "Krisenrechtes" beschäftigen sich in den 30er Jahren mehrere hundert Artikel und Studien. 180 Arbeiten, die in den Jahren 1932–34 entstanden, werden von *Ujlaki, Miklós* in seiner Bibliographie *Öt év magánjogi irodalma* (Privatrechtliteratur von fünf Jahren), aufgezählt. (Bp. 1935). Auch im „Grossen Szladits“ begegnen wir diesem Thema (1. Bd., 103, 104 usw.). — Nach der Befreiung kritisiert *Gyula Eörsi* in seinem zitierten Werk in einem Umfang von insgesamt 12 Seiten an mehreren Stellen scharf die sich auf das „Krisenrecht“ beziehenden bürgerlichen Anschauungen. Die monographische, marxistische Erarbeitung der einstigen, sehr lehrreichen und weitverbreiteten Literatur des Krisenrechtes jedoch ist noch eine nicht eingelöste Schuld unserer Zivilrechtler und Rechtshistoriker.

ATTEMPTS BY THE BETHLEN GOVERNMENT TO CONTROL THE ECONOMIC CRISIS WITH LEGAL MEANS

by

KÁLMÁN KOVÁCS

Prof. of the History of Hungarian Law

(Summary)

Due to the sudden outbreak of the disastrous financial and credit crisis, the Hungarian Council of Ministers was convened in the night of July 13, 1931. It ordered without legal authorization to close the counters of the banking institutions for three days by a decree (bankholiday), — as it happened in Germany at the same time; later the government put the exchange of the pengő for foreign means of payment under the control of the Hungarian National Bank by further emergency decrees in order to prevent smuggling gold and currencies abroad.

On July 24, the Minister of Finance tabled an "authorization bill" to the House of Representatives for urgent discussion.

The treatise discusses each sphere of problems of the parliamentary debate of August 4, relating to this bill in the following grouping:

a) The subsequent approval of the "emergency decrees" issued by the government unconstitutionally.

b) The authorization of the government to regulate with decrees the questions which otherwise belong to the legislative province in order to secure the order of economic and credit life, to cut the state and self-governmental expenses as well as to increase the income.

c) Debate on the composition and competence of the "national committee of 33" to be elected from among the members of the two Houses of Parliament. The government is bound to submit its decrees to be issued for controlling the economic crisis to the committee beforehand, but the decision of the committee cannot prevent the Ministry from putting the planned decree into effect.

During the prolonged and very heated debate several members of the government, first of all Count István Bethlen, take a stand for the defence of the bill and beat off the attacks of the opposition. The bill gets the vote of the majority in both Houses of Parliament and takes its place as Act XXVI in the Hungarian Body of Laws (Corpus Juris Hungarici).

Following this, the treatise deals with the setting up of the committee and its work started. Finally, it refers to the fact that the minutes of the meetings of the committee operating till March 10, 1944, which amount to several thousand pages, are an almost inexhaustible source for studying the so called crisis law.

DES TENTATIVES DU GOUVERNEMENT BETHLEN POUR FREINER LA CRISE ÉCONOMIQUE PAR LES MOYENS JURIDIQUES

KÁLMÁN KOVÁCS

(Résumé)

A cause de la crise financière et de crédit catastrophale éclatée d'une façon inattendue dans la nuit du 13 juillet 1931, le Conseil des Ministres hongrois fut convoqué. Sans autorisation légale — et simultanément avec l'Allemagne — il ordonna par un décret gouvernemental la fermeture des caisses des établissements financiers pour une durée de trois jours (bankholiday); plus tard, par des décrets-lois ultérieurs, le gouvernement mis sous contrôle de la Banque Nationale Hongroise la conversion du pengő en instruments monétaires étrangers, afin de prévenir au trafic illicite de l'or et des devises à l'étranger.

A la Chambre des Députés, le ministre des finances présenta d'urgence le 24 juillet « un projet de loi d'autorisation ». La présente étude examine les différents points problématiques du débat parlementaire durant jusqu'au 4 août dans le regroupement suivant :

a) Approbation ultérieure des « ordonnances de détresse » édictées anticonstitutionnellement par le gouvernement. — b) L'autorisation du gouvernement à régler par des décrets des questions appartenant par ailleurs à la compétence de la législation et ceci dans l'intérêt de la consolidation de l'ordre de la vie économique et de crédit, ainsi que pour réduire les dépenses de l'Etat et de l'autonomie et pour augmenter les revenus. c) Débats sur la composition et la compétence de la « commission nationale de 33 membres » à élire parmi les membres des deux chambres du parlement. Le gouvernement doit présenter préalablement à cette commission ses projets de décrets pour freiner la crise économique, mais la décision de la commission ne peut pas empêcher le ministère de mettre en vigueur le décret prévu. Au cours du débat parlementaire étendu et très violent plusieurs membres du gouvernement, surtoit le président du conseil, le conte István Bethlen, se mettent à la défense du projets de loi et repoussent les attaques de l'opposition. Le projet de loi reçoit dans les deux chambres du parlement une majorité et entre comme l'article XXVI de la loi 1931 dans le Recueil des Lois.

Par la suite, l'étude s'occupe de l'établissement et du travail de la commission et finit par indiquer que les procès-verbaux des travaux de la commission fonctionnant jusqu'au 10 mars 1944 et contenant plusieurs milliers de pages signifient un fonds inépuisable pour l'étude du soi-disant droit de crise.